

CONSEIL FÉDÉRAL
*Décision présidentielle du 4 août 1942*¹

1286. Flüchtlingsproblem

Justiz- und Polizeidepartement. Mündlich

Nach mündlicher Orientierung durch den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes über die Entwicklung des Flüchtlingsproblems² wird festgestellt:

1. Art. 9 des Bundesratsbeschlusses über Änderungen der fremdenpolizeilichen Regelung vom 17. Oktober 1939³ sieht vor, dass die Kantone Ausländer, die rechtswidrig in die Schweiz kommen, ohne weiteres auszuschaffen haben in das Land, aus dem sie gekommen sind oder dem sie angehören. Die Polizeiabteilung des Justiz- und Polizeidepartementes, der die Fälle unerlaubter Einreise von Ausländern in der Regel unterbreitet werden, hat aus Gründen der Menschlichkeit sowie aus aussen- und innenpolitischen Erwägungen immer mehr von der Rückweisung rechtswidrig eingereister ausländischer Flüchtlinge abgesehen und die Aufnahme (mit Internierung) angeordnet, sodass der erwähnte Art. 9 schliesslich nur noch ausnahmsweise angewendet wurde.

2. Der Zustrom fremder Zivilflüchtlinge ist nun aber festgestelltermassen mehr und mehr organisiert, wird von gewerbsmässigen «Passeurs» gefördert und hat in den letzten Monaten ein Ausmass und einen Charakter angenommen, dass eine wieder strengere Anwendung des Artikels 9 des Bundesratsbeschlusses vom 17. Oktober 1939 geboten ist, künftig also in vermehrtem Masse Rückweisungen von ausländischen Zivilflüchtlingen stattfinden müssen, auch wenn den davon betroffenen Ausländern daraus ernsthafte Nachteile (Gefahren für Leib und Leben) erwachsen könnten.

1. *Le Conseil fédéral ne se réunit pas entre le 29 juillet et le 14 août 1942.*

2. *Cf. l'annexe I au présent document.*

3. *ACF modifiant les prescriptions sur la Police des Etrangers (RO, 1939, vol. 55, II, pp. 1167-1172). L'article 9 traite du refoulement et a la teneur suivante: Les cantons sont tenus de refouler sans formalités dans le pays d'où ils viennent, ou dont ils sont ressortissants, les étrangers qui pénètrent en Suisse illégalement ou qui y ont pénétré illégalement depuis l'entrée en vigueur de l'arrêté du Conseil fédéral du 5 septembre 1939 concernant l'entrée et la déclaration d'arrivée des étrangers. Cette disposition n'est pas applicable aux déserteurs (v. art. 16, 2^e et 3^e alinéas), ni aux étrangers reconnus comme réfugiés politiques par le Ministère public fédéral, conformément à l'arrêté du Conseil fédéral du 7 avril 1933 concernant le traitement des réfugiés politiques.*

4 AOÛT 1942

721

ANNEXE I

E 2001 (D) 3/274

*Le Chef de la Division de Police du Département de Justice et Police, H. Rothmund,
au Chef du Département de Justice et Police, E. von Steiger*

*Copie
L*

Bern, 30. Juli 1942

Die Meldungen, die ich in jüngster Zeit über die Zunahme der Schwarzeinreise ausländischer Flüchtlinge erhalten hatte, haben mich veranlasst, Herrn Dr. Jezler zu beauftragen, das ganze Flüchtlingsproblem in einem Bericht darzustellen.

Die Zahlen auf Seiten 3 und 4 des Berichtes⁴, sowie die Zusammenfassung auf Seite 30⁵ zeigen deutlich die ständige Zunahme. Sie ist zur Hauptsache zurückzuführen auf die Zureise von Holländern, auch von Belgiern, über das besetzte Frankreich. Während früher im wesentlichen aus Holland Militärpersonen nach der Schweiz geflohen sind, die hofften, vor der Besetzung Holländisch-Indiens durch die Japaner⁶, dorthin, seither nach England zu gelangen, handelt es sich in jüngster

4. *Daté du même jour. Non reproduit.*

5. *Nous reproduisons ci-dessous la partie conclusive du rapport:* Die Zahl der Flüchtlinge, die in die Schweiz kommen, nimmt in letzter Zeit ausserordentlich zu: Es kamen

vom Herbst 1940 bis 8. April 1942	ca. 420
vom 8. bis 30. April 1942	100
im Mai 1942	132
im Juni 1942	186
vom 1.-29. Juli 1942	248 Flüchtlinge.

Die Zahl der von der Polizeiabteilung internierten Ausländer hat entsprechend stark zugenommen:

1.1.42	308
1.4.42	390
29.7.42	über 850

Die Entwicklung der militärischen und politischen Verhältnisse in Europa lässt voraussehen, dass in nächster Zeit mit einem eher noch ansteigenden Zustrom von Flüchtlingen zu rechnen ist.

Angesichts dieser Lage muss unseres Erachtens der Bundesrat darüber beschliessen und der Polizeiabteilung Weisungen erteilen, ob weiterhin ausländische Flüchtlinge in bisheriger Art und Weise aufgenommen oder aber unbekümmert um das Schicksal, das ihrer wartet, in den Herkunftsstaat zurückgewiesen werden sollen.

Die Ernährungslage der Schweiz, die Schwierigkeiten für die Weiterwanderungen von Flüchtlingen, die grosse Zahl der allenfalls noch zu erwartenden Flüchtlinge, gewisse aussenpolitische Erwägungen, Gründe der innern Sicherheit und die Schwierigkeiten in der Unterbringung der Flüchtlinge lassen grosse Zurückhaltung bei der Aufnahme von Flüchtlingen als geboten erscheinen.

Die Asyltradition, allgemeine Gründe der Menschlichkeit und gewisse aussenpolitische Erwägungen sprechen demgegenüber für eine möglichst entgegenkommende Praxis gegenüber ausländischen Flüchtlingen.

Der Entscheid kann auf Rückweisung bzw. weitgehende Aufnahme sämtlicher Flüchtlinge oder aber bestimmter Flüchtlingskategorien lauten. Erfahrungsgemäss bietet es jedoch grosse Schwierigkeiten, Flüchtlinge ein und derselben Kategorie (z. B. entwichene Kriegsgefangene) aufzunehmen oder zurückzuweisen je nachdem ob sie Angehörige des einen oder des andern Staates sind.

6. *Cf. annexe au N° 218.*

Zeit hauptsächlich um Juden. Von den uns gestern gemeldeten 31 Holländern, die von Sonntag bis Mittwoch eingereist sind, sind 29 Juden! (Seite 4 Bericht Jezler)⁷. Vereinzelt auch um solche anderer Nationalität oder Staatenlose.

Die wohl als Folge der Flucht von General Giraud⁸ angeordnete Absperrung der deutsch-schweizerischen Grenze, über die schon in der letzten Zeit nicht mehr sehr zahlreiche schwarze Einreisen erfolgt sind – die entwichenen französischen Kriegsgefangenen zählen hier nicht, weil sie alle weiterreisen können –, wird den Zuzug aus Deutschland und dem Elsass noch mehr einschränken. Aus dem Osten und dem Süden erwarten wir, wenn nicht sehr wichtige Änderungen der Lage eintreten, ebenfalls keine unerträgliche Zahl von Flüchtlingen. Was aus dem unbesetzten Frankreich zu uns kommt, kann im grossen und ganzen unbedenklich zurückgestellt werden und wird von der französischen Grenzpolizei auch übernommen.

Sehr bedenklich steht es aber um unsere Grenze mit dem besetzten Frankreich. Ob Deutschland etwa der Flucht der Juden gegenüber absichtlich ein Auge zudrückt, um später die Hand nach den in die Schweiz geflüchteten auszustrecken? Auffällig ist, dass seit kurzem aus Holland zur Hauptsache Juden kommen. Wir wissen, dass Holländer von der SS in Holland für den Nachrichtendienst unter den Flüchtlingen in der Schweiz ausgebildet und zu uns geschickt werden. Also muss Deutschland orientiert sein über den von diesen Leuten eingeschlagenen Weg. So ganz abwegig ist demnach die Frage nicht. Nach allem was wir auch von Schweizern gehört haben, die schwarz nach der Schweiz gereist und auf dem gleichen Wege wieder nach Frankreich und Belgien zurückgekehrt

7. *Nous reproduisons ci-dessous la partie du rapport de Jezler consacrée aux Juifs: [...]*

5. Juden

Aus der Zeit vor dem Kriege, vorwiegend aus dem Jahre 1938, haben wir noch ca. 5000 jüdische Emigranten in der Schweiz, denen bisher die Weiterwanderung nicht möglich war. Diese Tatsache und allgemein der Umstand, dass die Weiterbeförderung von Juden allergrössten Schwierigkeiten begegnet, zwangen uns von jeher zu grosser Zurückhaltung in der Behandlung jüdischer Flüchtlinge. In der ersten Zeit des Krieges kamen praktisch keine jüdischen Flüchtlinge zu uns. Als dann aber Deutschland begann, die im Reich noch ansässigen Juden nach Polen zu deportieren, kamen wieder vereinzelt jüdische Flüchtlinge über die Grenze. Die ersten wurden ohne weiteres zurückgewiesen. In letzter Zeit konnten wir uns jedoch zu solchen Rückweisungen nicht mehr entschliessen. Die übereinstimmenden und zuverlässigen Berichte über die Art und Weise, wie die Deportationen durchgeführt werden, und über die Zustände in den Judenbezirken im Osten sind derart grässlich, dass man die verzweifelten Versuche der Flüchtlinge, solchem Schicksal zu entrinnen, verstehen muss und eine Rückweisung kaum mehr verantworten kann.

Besonders schlimm scheint heute die Lage der Juden in den von Deutschland besetzten Gebieten, im Protektorat, in Holland, Belgien und Nordfrankreich zu sein. Die dort lebenden Juden wissen keine Stunde, ob sie in der folgenden Stunde deportiert, als Geisel verhaftet, oder gar unter irgendeinem Vorwand hingerichtet sind.

Für die Frage der Rückweisung jüdischer Flüchtlinge namentlich aus Holland und Belgien ist noch folgendes zu beachten: Wenn irgend etwas vorfällt in den besetzten Gebieten, richten sich Verdacht und erste Massnahme der Besetzungsbehörden in erster Linie gegen die Juden. Der Jude gilt an sich schon als verdächtig. Wenn er nun gar noch dabei erwischt wird, wie er aus Holland oder Belgien via besetztes Frankreich nach der Schweiz zu flüchten versuchte, dürfte sich schwerster Verdacht staatsgefährlicher Tätigkeit (Verbindung mit dem Feinde) gegen ihn richten; er wird die entsprechenden Sanktionen erfahren müssen.

Aus diesen Erwägungen haben wir namentlich auch die jüdischen Flüchtlinge aus Holland und Belgien in letzter Zeit aufgenommen und interniert. Unter den 335 bisher eingereisten holländischen Flüchtlingen befanden sich 106 Juden; 98 von ihnen sind heute noch in der Schweiz. Ferner befanden sich unter den in letzter Zeit eingereisten Flüchtlingen 16 polnische, 24 deutsche, 6 tschechische, 5 jugoslawische, 3 belgische, 6 russische, 2 ungarische, 2 rumänische und 9 staatenlose Juden; ein kleinerer Teil von ihnen wurde zurückgewiesen, die übrigen wurden interniert.

8. *Cf. N° 186.*

sind, ist es aber weit wahrscheinlicher, dass den Deutschen die genügende Polizeimannschaft zur Kontrolle fehlt. Es ist zudem mit Sicherheit anzunehmen, dass die einheimische Bevölkerung in Holland, Belgien und besonders im besetzten Frankreich allen Flüchtlingen bereitwilligst hilft. Im Grenzgebiet machen die sogenannten Passeur offenbar ein gutes Geschäft.

Ein hier angekommener Holländer, dessen Bruder auf der Flucht in Frankreich erschossen wurde, behauptete jüngst, es seien 2 bis 3000 holländische Juden zur Flucht nach der Schweiz bereit. Nach einer andern Aussage sollen sich 50 belgische Juden in der gleichen Absicht in der Gegend von Besançon aufhalten.

Der Holländische Gesandte kam Montag, den 20. Juli, zu mir und erklärte mir, das Holländerlager in Toulouse werde aufgehoben; die Gesandtschaft in Bern habe keine Verbindung mehr im unbesetzten Frankreich. Er erinnerte mich daran, dass wir anlässlich eines früheren Gespräches zusammen festgelegt haben, wir würden Holländer die aus dem unbesetzten Frankreich über die schweizerische Grenze kämen, zurückweisen, sofern sie nicht dort nur durchgereist seien. Er bemerkte, wir hätten in entgegenkommender Weise die Einschränkung nicht sehr streng ausgelegt. Er fragte mich, ob nicht angesichts der berechtigten Befürchtung, die im unbesetzten Frankreich im Lager befindlichen Holländer würden zwangsweise zur Arbeit nach Deutschland geschafft, unsere Praxis geändert und die zu uns kommenden hier belassen werden könnten. Es soll sich um etwa 1000 Holländer im Lager und um etwa 2000 frei in Frankreich lebende Holländer handeln. Ich antwortete ihm kategorisch, das sei ganz ausgeschlossen. Wir befürchteten gegenteils, durch den stets wachsenden Zustrom aus dem besetzten Frankreich eines Tages gezwungen zu sein, auch hier abzustoppen. Herr van Rosenthal machte ein bedenkliches Gesicht und fragte nur, ob wir denn wirklich schon so viele Flüchtlinge hätten, dass wir bald nicht mehr aufnahmefähig seien. Ich verwies ihn auf die grosse Zahl der Emigranten und auf unsere Ernährungslage. Das Gespräch dürfte ihn sehr nachdenklich gestimmt haben, sodass er sicherlich nicht sehr überrascht wäre, wenn eine neue Einschränkung erlassen würde.

Herr Oberlt. Sandberg, der zuverlässige holländische Vertrauensmann im Lager in Cossonay, den ich jüngst über die Verfassung seiner Leute befragte, erklärte mir folgendes: Die tüchtigen und einsatzbereiten Lagerinsassen, die alles tun um in einem andern Land für ihre Heimat zu wirken, werden immer geringer an Zahl. Was nachkommt, ist immer weniger wertvoll und dürfte uns deshalb auch immer weniger Freude machen. Er spielte deutlich auf die Juden an, ohne etwa Antisemit zu sein.

Der Belgische Gesandte⁹ war ebenfalls kürzlich bei mir, um mir die Frage zu stellen, ob wir einverstanden wären, dass er den Versuch mache, neben dem Châlet des Belges in Gryon eine Pension oder ein Hotel zu mieten, wo die neu angekommenen Belgier untergebracht werden könnten. Da die Zahl der Belgier noch verhältnismässig gering ist, habe ich ihm gegenüber die Möglichkeit von künftigen Rückweisungen bloss leicht angedeutet und habe ihm erklärt, wir hätten nichts dagegen, wenn er für eine weitere Unterkunft besorgt sei. Während der Holländer unsere grossen Sorgen um das Durchhalten zahlreicher seiner Landsleute täglich miterlebt, wird der Belgier grosse Mühe haben, sich mit Rückweisungen abzufinden. Er kam denn auch vor einiger Zeit recht aufgeregt zu mir, um gegen die Rückweisung eines Belgiers Protest einzulegen, der bei der Einvernahme erklärt hatte, er habe Belgien verlassen, weil er mit seiner Familie nicht auskomme. Der Gesandte erklärte, der Mann sei ja des Todes, wenn er von den Deutschen aufgegriffen werde. Ich gab ihm die sehr bestimmte Antwort, wir seien denn doch nicht dazu da, Leute bei uns aufzunehmen, die wegen solcher Lappalien von zuhause ausgerissen seien; wenn uns der Mann aber angelogen haben sollte, so sei das seine Sache.

Französische Juden sind bis jetzt nur vereinzelt erschienen¹⁰. Ich verstehe nicht recht weshalb. Frau Dr. Laubi, die Sie heute in mein Bureau geführt haben und die Kindertransporte von Pro Juventute aus Paris nach der Schweiz begleitete, sagte mir zwar, die französischen Juden würden ver-

9. *L. d'Ursel.*

10. *Les 16 et 17 juillet a eu lieu à Paris la Rafle du « Vel' d'Hiv. », cf. le rapport de Naville du 28 juillet (E 2001 (D) 2/101).*

schickt, die Frauen in Lager gesteckt und die Kinder in Heime. Ich kann mir nicht recht denken, dass das schon im Grossen geschieht. Wir müssen doch damit rechnen, dass auch die französischen Juden im besetzten Frankreich bald versuchen werden, den sie bedrohenden Massnahmen durch die Flucht nach der Schweiz auszuweichen.

Was sollen wir tun? Fahnenflüchtige nehmen wir bei uns auf. Entwichene Kriegsgefangene im grossen und ganzen ebenfalls, sofern die Zahl derer, die nicht weiterreisen können, sich nicht zu stark vermehrt. Politische Flüchtlinge im Sinne des Bundesratsbeschlusses von 1933¹¹ weisen wir ebenfalls nicht zurück. Dieser Beschluss ist jedoch heute fast zur Farce geworden, denn jeder Flüchtling ist schon wegen der Flucht in Todesgefahr, wenn auch nur ganz seltene kommen, die eine politische Tätigkeit ausgeübt haben, wie sie im ursprünglichen Sinne des Beschlusses gemeint ist.

Rückweisung nur der Juden? Dies drängt sich fast auf. Die holländischen und belgischen Juden sind aber nicht, wie die deutschen und andere, von ihren Staaten aufgegeben. Ihre Gesandtschaften müssen für sie eintreten wie für Nichtjuden und können uns mit besserem Gewissen als der Pole erklären, dass sie später wieder in ihr Land zurückkehren können. Also Rückweisung insgesamt? Wir würden unserer Tradition ins Gesicht schlagen, wenn wir z. B. einen holländischen Offizier zurückstellen würden, der mit der einzigen festen Absicht zu uns kommt, von hier aus zu seiner Königin zu kommen und für sein Land zu kämpfen.

Art. 9 des Bundesratsbeschlusses vom 17. Oktober 1939¹² besteht noch zu Recht. Trotzdem haben wir seit einiger Zeit fast keine Flüchtlinge mehr zurückgewiesen. Ohne Sie zu fragen. Ich scheue mich nicht, die Verantwortung dafür zu tragen. Der Bundesrat wird diese Praxis kaum desavouieren, wenn er den Bericht Dr. Jezlers liest. Meines Erachtens sollte er aber jetzt orientiert werden.

Um nicht vom einen ins andere Extrem zu verfallen, glaube ich, der Zustrom könnte auf ein erträgliches Mass zurückgeführt werden bei folgendem Vorgehen: Wir prüfen mit der Oberzolldirektion, gegebenenfalls mit dem Armeestab, ob nicht an den hauptsächlich begangenen, von den Passseuren benützten Grenzabschnitten für kürzere Zeit – jeweils 8-14 Tage und in unregelmässigen Zeitabschnitten – eine besondere, kleine und mobile Verstärkung des Grenzschutzes eingesetzt werden könnte, die den Auftrag hätte, jeden versuchten Grenzübertritt zu verhindern, zunächst ohne Rücksicht auf die Person. Dieses Grenzdetachment müsste motorisiert sein (Camion, Motorräder), damit es rasch vom einen zum andern Punkt transportiert werden und so die vorbereiteten Passeure erheblich stören könnte. Übertritte an Punkten, wo diese Grenzverstärkung nicht in Funktion ist, würden wie bis heute zugelassen. Binnen kurzem würde dieser Spezialtrupp, der in ständiger direkter Fühlung mit dem Bureau Jezler sein müsste, wahrscheinlich so eingespielt sein, dass man ihm die Instruktion erteilen könnte, sich den einzelnen Flüchtling etwas anzuschauen, damit schlimmste Fälle von Zurückweisungen vermieden werden könnten.

Ich habe eben mit Herrn Dr. Wyss von der OZD¹³ telephoniert, der mir sagt, es wären ziemlich viel Leute notwendig, weil drei Arbeitsschichten zu je 8 Stunden erforderlich wären. Um die Arbeit richtig zu machen, schätzt er auf insgesamt 100 Mann, allermindestens jedoch 60. Für den Zoll wäre die Sache viel zu teuer, weil er nicht die Unterkunstmöglichkeiten hat wie die Armee und mit Displacementsentschädigungen operieren muss. Ich werde morgen noch mit der Armee sprechen, um zu erfahren, ob wir gegebenenfalls die Heerespolizei beanspruchen dürften. Ich befürchte jedoch, einen negativen Bescheid zu erhalten, weil die HP¹⁴ schon einen zu geringen Mannschaftsbestand hat. Vielleicht könnten wir doch mit der OZD einig werden, durch Übernahme eines Teils der Kosten auf einen unserer Kredite.

Darf ich Sie bitten, sich diesen Vorschlag zu überlegen und Herrn Dr. Jezler und mir morgen Abend oder Samstag Vormittag Gelegenheit zur Besprechung zu geben?

11. Du 7 avril 1933. Cf. DDS, vol. 10, N° 257, note 9 et annexe.

12. Cf. ci-dessus note 3.

13. Direction générale des Douanes.

14. Police de l'Armée. Sur la création et l'organisation de la Police de l'Armée, cf. le rapport secret envoyé le 6 juin 1942 par le Commandement de l'Armée à H. Rothmund (E 4001 (C) 1/257).

4 AOÛT 1942

725

ANNEXE II

E 2001 (D) 2/112

*Circulaire du Chef de la Division de Police du Département de Justice et Police,
H. Rothmund,
aux Directions et Commandements de Police des Cantons*

Confidentiel N° 296

Berne, 13 août 1942

MESURES CONTRE L'AFFLUX DES RÉFUGIÉS ÉTRANGERS
CIVILS ET MILITAIRES.

Depuis quelques mois, le nombre des étrangers se réfugiant en Suisse est allé sans cesse en augmentant. Cet afflux a pris au cours des dernières semaines des proportions alarmantes qui obligent les autorités responsables à intervenir. Le développement des opérations militaires et de la situation politique en Europe d'autre part font prévoir un nouvel et prochain accroissement du nombre des fugitifs. Bien que l'art. 9 de l'arrêté du Conseil fédéral du 17 octobre 1939¹⁵, modifiant les prescriptions sur la police des étrangers, statue que les étrangers qui pénètrent illégalement en Suisse doivent être refoulés sans formalité dans le pays dont ils sont ressortissants ou d'où ils viennent, cette disposition n'a été appliquée qu'exceptionnellement pendant ces derniers temps, par raison d'humanité ainsi que pour des considérations de politique extérieure et intérieure. L'afflux des réfugiés ayant non seulement augmenté dans de très fortes proportions, mais étant actuellement de plus en plus organisé, ainsi que cela a été constaté, et favorisé par l'activité de «passeurs» professionnels, le Conseil fédéral a récemment ordonné¹⁶ d'appliquer à l'avenir l'art. 9 d'une manière plus stricte, c'est-à-dire de refouler en plus grand nombre les réfugiés civils étrangers. Le Conseil fédéral a pris cette décision en se fondant sur un rapport de la division de police¹⁷ dont nous vous ferons parvenir un exemplaire ces jours prochains. Entre-temps, le nombre des réfugiés qui entrent illégalement en Suisse a encore augmenté. Depuis le 29 juillet 1942, en effet, 293 réfugiés, c'est-à-dire en moyenne 21 par jour, sont encore arrivés en Suisse. Ne sont pas comptés dans ce nombre ceux qui peuvent poursuivre leur voyage. Cette situation alarmante nous oblige à prendre sans tarder des mesures de défense si nous ne voulons pas courir le risque de nous trouver devant des difficultés insurmontables, particulièrement en ce qui concerne l'hébergement, l'entretien et la surveillance de ces réfugiés.

Nous avons pris contact avec le Commandement de l'Armée et avec la Direction générale des douanes pour tenter de faire renforcer, dans la mesure du possible, la surveillance des frontières. Nous avons malheureusement dû constater qu'il n'y faut pas compter et nous devons nous contenter des moyens dont nous disposons actuellement.

Après avoir examiné à fond toutes les possibilités, et en avoir discuté avec la Direction générale des Douanes, la Section de Police du Service de Renseignements et de Sécurité du Commandement de l'Armée, et quelques Cantons sur le territoire desquels le nombre des passages clandestins de la frontière est particulièrement élevé, nous avons donné les instructions ci-jointes¹⁸. Ainsi que vous voudrez bien le constater, les déserteurs et les réfugiés politiques au sens de l'Arrêté du Conseil fédéral du 7 avril 1933¹⁹ concernant le traitement des réfugiés politiques, ne doivent pas être refoulés, l'art. 9 susmentionné ne leur étant pas applicable; les prisonniers de guerre évadés et les militaires qui, de quelque manière que ce soit, peuvent se légitimer comme tels, sont dans le même cas. Les fugitifs appartenant à ces catégories doivent, comme précédemment, être arrêtés immédiatement et annoncés à l'Officier de Police du Commandement territorial compétent qui, de son

15. Cf. ci-dessus note 3.

16. Cf. la décision publiée en document principal, ci-dessus.

17. Cf. ci-dessus l'annexe I.

18. Non reproduit.

19. Cf. ci-dessus note 11.

côté, en informe, à notre intention, la Section de Police. Cette intervention des autorités militaires, qui existe en pratique depuis fort longtemps et dont les résultats sont excellents, est indispensable. La plupart de ces réfugiés civils et militaires présentent en effet un intérêt considérable au point de vue militaire²⁰. Nous prions dès lors les Cantons de s'en tenir strictement à ce qui précède, et d'annoncer sans exception à l'Officier de Police qui transmettra les cas plus loin par la voie du service, tous les étrangers entrés illégalement en Suisse, à moins qu'ils ne doivent d'emblée être refoulés conformément à nos instructions. L'Officier de Police reçoit de la Section de Police du Service de Renseignements et de Sécurité du Commandement de l'Armée, qui agit d'entente avec nous, les ordres relatifs au traitement ultérieur de ces réfugiés. Les dispositions d'exécution prises par l'Officier de Police doivent donc être considérées comme des dispositions prises par la Division de Police du Département fédéral de Justice et de Police.

Les Polices des Etrangers des Cantons sont priées de ne s'occuper de ces étrangers entrés illégalement en Suisse, que dans les cas qui leur sont transmis pour traitement par l'Officier de Police du Commandement territorial compétent pour la région, sur l'ordre de la Section de Police du Commandement de l'Armée.

Nous savons pertinemment que dès qu'il sera procédé à des refoulements, de nombreux réfugiés essayeront de passer entre les postes-frontière et de pénétrer à l'intérieur du pays pour y demeurer si possible cachés assez longtemps. Nous prions les cantons d'intensifier, dans la mesure du possible, la recherche de ces réfugiés. Il devrait être possible, en collaboration avec les fonctionnaires des C.F.F. dans les gares frontières et avec le Service de Police des gares importantes à l'intérieur du pays (par exemple Lausanne, Neuchâtel, Bienne, Berne) d'arrêter rapidement une grande partie des réfugiés qui auront échappé au contrôle frontière proprement dit et qui essayent de pénétrer en chemin de fer à l'intérieur du pays. Les réfugiés qui se cachent doivent être considérés, du point de vue de la Police, comme particulièrement dangereux (espions, agents). Nous devons dès lors, dans la règle, refouler sans pitié les réfugiés qui ne s'annoncent pas immédiatement même s'ils appartiennent à une catégorie, qui, selon nos instructions, ne devrait pas être refoulée d'emblée. Les réfugiés qui font de fausses déclarations doivent être refoulés d'emblée et sans ordre spécial de notre part.

Etant donné qu'il faut s'attendre à ce que les réfugiés refoulés «clandestinement» entre les postes-frontières de l'Etat voisin essayent de revenir en Suisse à un autre endroit, il conviendra, avant de procéder au refoulement, de leur déclarer qu'ils seront remis à la Police frontière étrangère en cas de récidive. Les postes de douane, sur ordre du chef de secteur compétent, donnent immédiatement connaissance aux postes de gardes-frontière voisins d'une part, ainsi qu'aux postes de Police du district compétent d'autre part, de tous les refoulements auxquels ils ont procédé (nom, prénom, âge, nationalité, bref signalement du réfugié), afin que ceux-ci, au cas où ce même étranger entrerait de nouveau en Suisse clandestinement à un autre endroit, soient au courant du premier refoulement. Tous les réfugiés, qui, une fois déjà, ont été refoulés clandestinement et qui sont arrêtés à nouveau sur le territoire suisse, doivent être remis par la Police à la Police-frontière étrangère.

Nous devons être renseignés de manière suivie sur tous les refoulements auxquels il est procédé. Nous prions donc la Direction générale des Douanes, les Commandements de Police des Cantons et la Section de Police de nous signaler immédiatement tous les cas de refoulement auxquels leurs organes auront procédé directement, selon le chiffre II de nos instructions. Les avis y relatifs ne doivent contenir que les nom, prénom, date de naissance et nationalité du réfugié ainsi que le lieu et la date du passage de la frontière, à l'entrée en Suisse.

Nous nous permettons de vous remettre en annexe un certain nombre d'exemplaires de notre circulaire. Nous vous prions de nous faire savoir si vous avez besoin d'autres exemplaires et, le cas échéant, de combien. Le nombre des entrées illégales ayant été très élevé ces jours derniers, il est nécessaire de procéder sans retard au refoulement des fugitifs. Nous avons, pour cette raison, envoyé nos instructions directement aux postes-frontière où le contrôle des passeports est fait par la Police cantonale.

20. Cf. à ce sujet E 27/9928 (Deserteur – Einvernahmeberichte vorwiegende von deutschen Wehrmachtsangehörigen im Aktivdienst 1939-1945) et le N° 296 ci-dessus.